

# SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

spd/III/49

Hannover, 26. April 1948

## Das Ergebnis in Hessen

F.R. Eine unerwartet hohe Wahlbeteiligung, ein Anwachsen der Rechtsparteien und ein Absinken der KP-Stimmen sind die drei Hauptkennzeichen des hessischen Wahlergebnisses. Die SPD, die mit weitem Abstand die stärkste Partei geblieben ist, und die CDU haben im Rahmen der höheren Wahlbeteiligung Stimmenzuwachs zu verzeichnen.

Die SPD hat vornehmlich in den Landbezirken zugenommen. Das ist deshalb besonders erfreulich, weil diese Partei den Wahlkampf unter den relativ schwersten Bedingungen führen mußte, denn als die stärkste Partei, die praktisch in den meisten Gemeinden die maßgebende Stellung innehat, hätte sie leicht, wie das nun einmal zu geschehen pflegt, in erster Linie für die durch Ungunst der Verhältnisse entstandene Härte der heutigen Lebensbedingungen verantwortlich gemacht werden können.

Ganz und gar liegen die Dinge bei der LDP, die unter den großen Parteien den stärksten Gewinnanteil buchen kann. Diese Partei war bisher nicht in der Regierung vertreten, sie könnte, und hat das weidlich getan, mit dem billigen Hinweis arbeiten, daß eben die anderen die Schuld an diesen und jenem trügen. Es ist selbstverständlich, daß sich das auch bei den Gemeindevahlen auswirkte. In Marburg aber, wo die LDP in der Verantwortung stand, hat sie z.B. an Stimmen erheblich verloren, und die SPD hat zugenommen. Sicher ist der Erfolg der LDP auch auf die weit verbreitete Meinung zurückzuführen, diese Partei stehe, vornehmlich in Dingen der Wirtschaftsauffassung den Amerikanern besonders nahe, die nun einmal für absehbare Zeit der bestimmende Faktor in Westdeutschland sein würden. Die LDP hat diesen Wahlkampf außerdem mit einer ganz ungewöhnlichen Schärfe und mit auffallender Einseitigkeit gegen die SPD geführt, sie hat sich dabei vielfach Methoden bedient, die an die bösesten Zeiten der innerpolitischen Auseinandersetzung während der letzten Jahre vor 1933 erinnerten.

Das trifft auch für die kleine Nationaldemokratische Partei zu, die, bei geringem absoluten Stimmenanteil, den relativ größten Zuwachs erhielt. Es liegt ein tiefer politischer Sinn darin, daß auch die Partei sich nationaldemokratisch nennt, die gegenwärtig in Berlin und

in der Ostzone als neue Schöpfung von Moskaus Gnaden im Entstehen begriffen ist und in der sich die Umschaltung von dem in Deutschland offenbar zur Erfolglosigkeit verurteilten orthodoxen Kommunismus auf eine Art nationaler Bolschewismus vollziehen soll. Die geistigen Verbindungslinien, die von dieser nationaldemokratischen Partei zu ihren hessischen Stammesvettern laufen, sind unverkennbar, sie sind aufschlußreich für den Geist, der, bei aller Gegensätzlichkeit im einzelnen, diese antidemokratischen Kräfte besetzt und der eine, nicht zu unterschätzende Gefahr für die Entwicklung eines gesunden politischen Lebens in Deutschland bedeutet. Offensichtlich ist auch die bisherige Entnazifizierungspolitik in Hessen dieser Gruppe - einschließlich der LDP - zugute gekommen. Die Forderung des Landesvorsitzenden der LDP nach Neuwahlen des Landtages ist bezeichnend für den Willen dieser Partei, die Gunst des Augenblicks zu nutzen, da sie durchaus mit der Möglichkeit eines Rückschlages rechnet, sobald erst einmal LDP-Leute in größerem Umfang sich in der kommunalen Verwaltung bewähren müssen, wie das angeführte Karburger Beispiel zeigt.

Die KP schließlich partizipierte an den rund 400 000 mehr abgegebenen Stimmen als einzige Partei überhaupt nicht, im Gegenteil, sie mußte einen Verlust von 9000 Stimmen hinnehmen. Dabei war keine Partei so großzügig mit materiellen Propagandamitteln ausgestattet wie sie. "KP wird sich durchsetzen" - hieß es in einer großsprecherischen Ankündigung. KP ist durchgefallen - muß es nun heißen. Diese Entwicklung ist im übrigen für West- und Süddeutschland typisch, und sie würde es auch für Ostdeutschland sein, wenn man dort freie Wahlen kennte. Diese schwere Niederlage der KP ist die Quittung für den Anschauungsunterricht, den die kommunistische SED in der Ostzone seit Jahr und Tag gibt und gleichzeitig eine sichtbare deutsche Reaktion auf die Vorgänge in Prag. Zu Lasten der KP geht schließlich die Tatsache, daß die stark gewachsene Wahlbeteiligung offenkundig ihren wichtigsten Grund in der zunehmenden Erkenntnis von der Gefahr der kommunistischen Bedrohung und in dem Willen hat, diese Gefahr zu bekämpfen.

#### Mit fremden Federn

Stimmen aus dem Lager der CDU, die sich zu den italienischen Wahlen geäußert haben, suchen den Eindruck zu erwecken, als habe die CDU ein Recht, an dem Sieg de Gasperis und seiner Partei zu partizipieren. Man schmückt sich mit fremden Federn und tut so, als strahle die besondere Situation in Italien auch auf die CDU in Deutschland aus und als seien, generell, die christlich-demokratischen Parteien auf einem unaufhaltsamen Vormarsch in Europa - allen voran natürlich Konrad Adenauer.

Die Ergebnisse der Wahlen in Hessen und Bayern sind nun freilich nicht dazu angetan, diese kühne These zu stützen: CDU/CSU haben sich im wesentlichen halten können, in Bayern hat die CSU zum Teil erhebliche Einbußen erlitten - das ist alles. Außenpolitisch aber sollte das Schicksal der französischen MRP, die bei den Gemeindewahlen entscheidend geschlagen wurde, vor voreiligen verallgemeinernden Schlußfolgerungen warnen.

Der SPS-Parteitag

O.Z. Bern, im April 1948

Der vor wenigen Tagen zu Ende gegangene Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz hat die "Leitsätze zur internationalen Lage und Politik der SPS" bei 564 stimmberechtigten, doch gewiß nicht vollzählig anwesenden Delegierten mit 412 Ja gegen 13 Nein angenommen. Das erzielte Stimmenverhältnis ist eine unerwartete und machtvolle Kundgebung der Geschlossenheit der Schweizer Bruderpartei zu den Problemen und Schwierigkeiten der durch den West-Ost-Gegensatz markierten weltpolitischen Lage. Wer etwa streitfreudige Auseinandersetzungen erwartet hatte, sieht sich nun angesichts dieses grundsätzlichen Bekenntnisses zur unbedingten Parteieinheit, das gleichzeitig ein solches für die Prinzipien und Methoden des demokratischen Sozialismus und eine einheitliche Stellungnahme gegen eine großkapitalistische wie volksdemokratische Machtpolitik ist, schwer enttäuscht.

Kernstücke der angenommenen Leitsätze sind Punkt drei und vier. Darin wird u.a. gesagt: Kampf gegen jeden Versuch, den Kapitalismus in Europa, insbesondere mit amerikanischer Hilfe, vor dem Untergang zu retten, gehört, ebenso wie der Kampf gegen die Beherrschung Europas durch eine wie immer geartete und benannte Diktatur, zu den vornehmsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Politische Freiheit, persönliche Freiheitsrechte und allgemeine Volkerechte können nur durch den gemeinsamen Kampf aller gleichgesinnten sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften aller Länder und durch die Verwirklichung des demokratischen Sozialismus gesichert werden.

"Die SPS betrachtet den amerikanischen Hilfsplan für den Wiederaufbau Europas (European Recovery Program) als notwendig. Die Durchführung dieses Planes darf jedoch die Unabhängigkeit und Freiheit der europäischen Staaten nicht beeinträchtigen. Der Versuch, Franco-Spanien in das E.R.P. einzubeziehen, müßte als eine reaktionäre Herausforderung aller die Freiheit liebenden Menschen betrachtet werden. Der Erfolg des amerikanischen Hilfsprogramms hängt entscheidend vom Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Osten und dem Westen Europas ab. In Übereinstimmung mit den sozialdemokratischen Parteien aller Länder bedauert die SPS die Weigerung der Sowjetunion, sich an diesem Hilfsplan zu beteiligen und unterstützt alle Bestrebungen, die den Ländern Osteuropas die Möglichkeit geben, sich unter Wahrung ihrer legitimen Interessen jederzeit in dieses Wiederaufbauwerk einzuschalten. Die SPS anerkennt auch die Notwendigkeit der Schweiz, sich in angemessener Weise, unter Ablehnung aller politischen Tendenzen, an der Durchführung des Hilfswerks für den europäischen Wiederaufbau zu beteiligen."

So eindeutig in diesen beiden Punkten die politischen Klarstellungen der SPS sind, so unmißverständlich bezieht die SPS Stellung gegenüber der Kominform: "Die SPS bekämpft die durch die Sowjetunion gestützte Politik der Kominform, weil sie, wie das Beispiel Tschechoslowakei wieder zeigt, das Einparteiensystem als politische Herrschaftsform errichtet, die demokratisch-sozialistischen Kräfte zerstört und dadurch die

Idee des Sozialismus schädigt und seine Verwirklichung erschwert. Insbesondere weist die SPS die in keiner Weise begründeten Angriffe der Kominform gegen die sozialdemokratischen Parteien, die in ihren Ländern die Träger des Kampfes um Sozialismus und Freiheit des Volkes sind, zurück".

Von den als Parteigäste anwesenden Delegationen der ausländischen Bruderparteien hatte auch Erich Ollenhauer für die deutsche Sozialdemokratie den SPS-Parteitag begrüßt. Nach Abschluß der eigentlichen Parteitageverhandlungen sprach Guy Mollet, der Generalsekretär der S.F.I.O. (der französischen Bruderpartei). In temperamentvoller Weise gab er einen Abriß der innenpolitischen Lage Frankreichs zwischen den beiden Polen der Kommunisten und de Gaulles. "Die französischen Kommunisten", rief er dabei aus, "haben de Gaulle so notwendig als Wegbereiter zu ihren letzten Zielen, wie die deutschen Kommunisten 1932 mit Zersetzungen und Verrat Hitler zur Macht verhalfen". Der hier einsetzende ohrenbetäubende demonstrative Beifallssturm der schweizerischen Parteidelegierten und aller ihrer Gäste war die letzte, doch nicht mindere Willenskundgebung, einzustehen und zu kämpfen für die Sache des internationalen demokratischen Sozialismus.

---

#### Verhinderte Revolutionsfeier

sp. Bekanntlich bildete Rastatt in Südbaden vor 100 Jahren einen Mittelpunkt in den revolutionären Ereignissen jener Tage. Hier war es auch, wo die revolutionäre Erhebung durch das Eingreifen der preußischen Truppen unter Führung des berüchtigten Kartätschenprinzen, des nachmaligen Kaiser Wilhelm I., ein blutiges Ende fand. Die gefangenen Revolutionäre wurden auf den Wällen der Festung hingerichtet. Das Denkmal der gefallenen Opfer für die Freiheit auf dem Friedhof in Rastatt war jahrzehntelang der Wallfahrtsort für alle freiheitlich und demokratisch gesinnten Menschen. Es ist deshalb zu verstehen, daß der 100. Gedenktag der Revolution gerade in Rastatt mit besonderer Feierlichkeit begangen werden sollte. Um so mehr Aufsehen erregt es nun - es waren bereits sehr viele Teilnehmer nicht nur aus der engeren Heimat, sondern auch aus dem Ausland, vor allen der Schweiz und Frankreich angemeldet - als plötzlich die Feier abgesagt wurde.

Zunächst wurde die Absicht, in allen Gemeinden des Landes Feiern abzuhalten - es gibt im ganzen Lande keine Gemeinde, die nicht vor 100 Jahren ihren Anteil an den revolutionären Ereignissen hatte - dadurch zunichte gemacht, daß die Militärregierung nur die Veranstaltung von Feiern in den drei größten Städten des Landes gestattete, dann aber noch solche Feiern erlaubte, die von den Landräten, also bezirksweise, abgehalten würden. Es wurden weiterhin im Zusammenhang damit nur solche Veröffentlichungen erlaubt, die mit dem Dienstsiegel und der Unterschrift des Landrats versehen waren. Für Rastatt als dem Hauptort war ebenfalls eine Feier erlaubt worden. Ein Festausschuß hatte ein umfangreiches Programm ausgearbeitet. Als Festredner war ein besonders guter Kenner der Revolutionsereignisse bestimmt, Chefredakteur

Christian Köllbach. Der Redner wurde jedoch von der französischen Militärregierung abgelehnt. Grund: Er wohne nicht in der französischen Zone. Hierauf erklärte sich Staatspräsident Wohleb bereit, die Festrede zu halten. Der Ausschuß verzichtete aber schließlich nach weiteren Schwierigkeiten auf die Abhaltung der Feier, er erklärte, er wolle keine von der staatlichen oder sonstigen Verwaltung veranstaltete Feier. Der Landrat mußte bekanntgeben, daß "Schwierigkeiten in der Programmgestaltung, die sich in der Kürze der Zeit nicht beheben ließen; der Grund der Absage seien. --- Es ist nicht sehr erhehend, daß "Schwierigkeiten" gerade von der Seite kommen, die ihren redlichen Teil zu der Ereignissen vor 100 Jahren beigetragen hat, aus dem Lande, dessen freiheitliche demokratische Ideen im Lande Baden ihre ersten und tiefsten Wurzeln schlugen und heute noch weiterleben.

h.w.

### Schulrat - mit Riesenwelle

In schönen Wernigerode, jenem bekannten Harzstädtchen hart an der Westgrenze der Ostzone, erscheint eines Morgens der für den Kreis zuständige junge russische Kulturoffizier. Er inspiziert die Schulen in Begleitung des betagten deutschen Schulrates. Turnstunde: Der junge Sportlehrer turnt mit seiner Klasse vor. Er gerät in Elfer und turnt schließlich allein zur Freude auch der zuschauenden Klasse. Der russische Offizier klatscht mit steigender Begeisterung Beifall zur Riesenwelle und Hochflanke. Schließlich schreitet er zur Tat. - Er greift sich den würdigen Herrn Schulrat, führt ihn unter das Hockreck: "Du auch turnen - Riesenwelle!" - Der alte Herr ist veräutzt. Vielleicht hat er das alles in jüngeren Jahren auch gekonnt. Nun aber ist er über Sechzig! - "Du dann schlechter Schulrat! - Hier, junger Lehrer guter, sehr guter Schulrat!" - Der wiederum wußte nicht, wie ihn geschah. Er mußte an der Inspektionsreise weiterhin teilnehmen. Und einige Tage später bekam der alte Schulrat - er hatte wohl noch nicht den Salto mortale in die SED hineingeschlagen - seinen blauen Brief. Wernigerode hatte einen neuen Schulrat! -

-1

### Mißbrauchte Toleranz

sp. Das Wort Toleranz ist in der englischen Labour Party von jeher groß geschrieben worden. Engherzige Dogmatik ist ihr ebenso fremd wie starre, doktrinaire Ideologie und wohl in keiner sozialistischen Partei Europas sind so viele Meinungen und Gruppen vertreten wie in der englischen Arbeiterpartei. Diese tolerante Haltung entspricht der Struktur und dem Werdegang der Labour Party und erklärt gleichzeitig die häufigen Versuche von Parlamentsmitgliedern, sich zu losen Gruppen zusammenzuschließen, um einen Einfluß auf die Politik ihrer Parteiführung auszuüben. Es gibt nicht nur im Parlament einen linken Flügel, auch im Kabinett besteht eine Gruppe, die mehr nach links als zur Mitte tendiert und als deren Wortführer Aneurin Bevan gilt. Das Telegramm, das

von 37 Labour-Abgeordneten am Vorabend der italienischen Wahlen an die Linksozialisten Pietro Nenni abgesandt wurde, wird in den Kreisen der Labour Party indessen als ein Akt angesehen, der in krassen und nicht mehr tragbarem Widerspruch zu jeglicher Parteidisziplin steht und nicht anders denn als Mißbrauch der Toleranz zu werten ist. Von den insgesamt 37 Labour-Abgeordneten, die das von Platt-Mills abgesandte Telegramm unterzeichnet hatten, hat zwar die Hälfte ihre Unterschrift bald wieder mit allen möglichen Begründungen zurückgezogen. Die übrigen aber halten nach wie vor an dem Bekenntnis fest, das das Telegramm darstellte und haben so ein Einschreiten der Parteiführung geradezu herausgefordert. Zu welchen Maßnahmen die greifen wird, das hängt in erster Linie von taktischen Erwägungen ab. Es spricht jedoch vieles dafür, daß man diesmal auch vor dem Parteiausschuß nicht zurückschrecken wird, da die Gruppe der Labour-Abgeordneten, die sich um Platt-Mills und Konny Ziliacus schart, in ihrer Denk- und Handlungsweise schon rein kommunistisch ist. Platt-Mills, ein 41-jähriger Rechtsanwalt, der sich erst kurz vor Kriegsende als Bevin Boy meldete, um im Bergwerk zu arbeiten, nachdem er bis dahin seine einträgliche Praxis weiter geführt hatte, war schon einmal aus der Partei ausgeschlossen worden und ist ein erbitterter Gegner Bevin's und seiner Außenpolitik. Er hat in den letzten Monaten konsequent in all seinen Reden eine parteiwidrige Haltung gezeigt und dürfte sich nicht wundern, wenn ihn nun der Bannstrahl treffen sollte.

#### SPD-Südbaden zur Entnazifizierung

sp. Zu den Ländern, in denen der Entnazifizierung ein mehr oder weniger großes Chaos herrscht, gehört auch das Land Südbaden. Hier herrscht eigentlich das Durcheinander von Anfang an. Es hat jetzt wieder einen Höhepunkt erreicht. Der Landesvorstand der SPD <sup>er</sup>klärt, daß die Entnazifizierung in keine Weise befriedige. Die Bestrafung der Schuldigen und Nutznießer des vergangenen Systems erfolge nicht in der Weise, wie es für den Neuaufbau eines demokratischen Staates Voraussetzung sein müßte. Dagegen seien durch die Mängel des Verfahrens eine große Zahl nur formell Belasteter von dem Gesetz erfaßt und aufgrund schematischer Beurteilung über Gebühr bestraft worden. Der Landesvorstand fordere strenge Bestrafung aller Schuldigen und Nutznießer und mache das Verbleiben ihrer Vertreter in den Säuberungsorganen hiervon abhängig. Von einer Zurückziehung der Vertreter der Partei werde auch deshalb abgesehen, um die Möglichkeit zu behalten, für alle ungerecht von der Säuberungsmaschinerie Erfassten weiterhin eintreten zu können. h.w.

#### Der Dank an die Renegaten

sp. Das "Neue Deutschland" berichtete kürzlich, daß Minister Hartzsch krankheits halber aus dem sächsischen Kabinett ausgeschieden sei. In Wirklichkeit handelt es sich darum, daß mit Hartzsch einer der letzten ehemaligen Sozialdemokraten auf Wunsch der KP-Leute aus dem Amt verschwinden mußte. An seiner Stelle wurde der Kommunist Holzhauser, der bisherige erste Bürgermeister von Leipzig, ernannt.